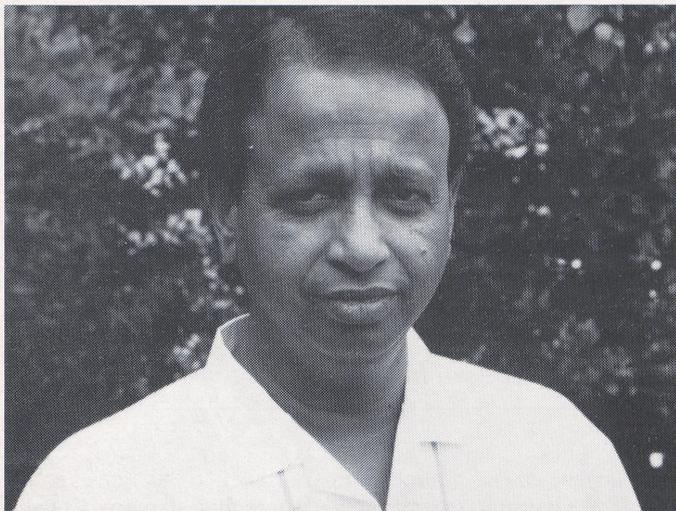


# Interview:

## Ignoranz der Europäer

"Die europäischen Länder sollten dem indischen Beispiel nicht folgen und Tamilen zurückschicken. Es ist einfach nicht die Zeit, Menschen nach Sri Lanka zurückzuschicken, weil im Nordosten eine Kriegssituation existiert die durch Gewalt, Luftbombardements, Beschuß von Dörfern durch die Marine, willkürliche Tötungen und 'Verschwindenlassen' gekennzeichnet ist", meint P. Rajanayagam, Chefredakteur und Mitherausgeber der in London erscheinenden englisch-sprachigen Monatszeitschrift 'Tamil Times'. Walter Keller sprach im Londoner Büro der Zeitschrift mit dem engagierten Journalisten über die Lage in Sri Lanka, die Verfassung der Regierung Premadasa, die Situation srilankischer Oppositionsparteien sowie über das weiterhin ungelöste Flüchtlingsproblem.



(Foto: Michael Mertsch)

'Tamil Times' hat gerade den 10. Geburtstag gefeiert. Die Zeitschrift ist wohl das international bekannteste srilankische Exilsorgan. In Deutschland hat sie allerdings nie so richtig Verbreitung gefunden. Liegt das nur an der Sprache?

Ich denke, die Sprache ist vor allem dafür verantwortlich. Aber auch innerhalb der tamilischen Bevölkerung in Deutschland haben wir sehr wenig Abonnenten. Das mag daran liegen, daß die meisten von ihnen jung und der englischen Sprache nicht so mächtig sind. Ein Grund dafür liegt allerdings auch darin begründet, daß wir es bisher versäumt haben, die Werbetrommel für unsere Publikation in nicht englisch-sprachigen Ländern zu rühren.

**Erzählen Sie bitte etwas zur Geschichte von 'Tamil Times'.**

Wir haben Ende Oktober 1981 mit der Arbeit begonnen. Es waren damals einige Individualisten, die von der eskalierenden Situation in Sri Lanka sehr betroffen waren. Es war die Zeit, als zum Beispiel die Bücherei in Jaffna in Flammen aufging und es zu anti-tamilischen Ausschreitungen im August 1981 kam. Verantwortlich für diese Vorfälle waren die srilankischen Sicherheitskräfte und natürlich die Regierung, die nichts tat, um einen Teil ihrer Staatsbürger, nämlich Tamilen, zu schützen.

Bei all dem, was passierte, haben wir uns allerdings bezüglich der

Weiterleitung von Nachrichten und Meinungen immer bemüht, nicht nur die Probleme der Tamilen in den Vordergrund zu stellen. Unsere Perspektive war von Anfang an eine inselweite. Das soll heißen, daß wir auch über Entwicklungen in anderen Landesteilen als den von Tamilen bewohnten berichteten. Ferner wollten wir nicht als der verlängerte Arm irgendeiner Gruppierung oder politischen Partei auftreten. Wir wollten uns vielmehr vor allen Dingen Fragen wie Menschenrechte und Demokratie widmen.

**Wie finanziert sich Ihre Publikation?**

Wir erhalten keinerlei Gelder von irgendeiner Organisation. Es gibt auch keine finanzstarken Hintermänner. Wir hängen vollkommen von unseren Abonnenten ab, hinzu kommt etwas Geld durch die Werbung in unserer Publikation. Alle, die für die Zeitschrift arbeiten, einschließlich des Chefredakteurs, tun dies ehrenamtlich.

**Ich habe viele Briefe gelesen, die Ihnen anlässlich Ihres Jubiläums von Lesern zugesandt wurden. Ein Punkt, der darin fast immer Erwähnung fand war der, daß man die Unabhängigkeit der Zeitschrift lobte. Auch die Tatsache, daß Sie die Aktionen der militanten tamilischen Gruppen oftmals kritisierten, ist Ihnen zumindest von Ihrer unabhängigen Leserschaft positiv angerechnet worden. War letzteres nicht oft schwierig angesichts des großen Drucks vor allem von Seiten der LTTE, der auf Ihrer Publikation lastete?**

Als wir mit der Publikation begannen, hatten wir bis etwa 1983/84 keinerlei Probleme diesbezüglich. Die einzigen, die uns Probleme bereiteten, waren Vertreter der srilankischen Regierung. Die hatten uns immer auf dem 'Kieker', weil wir nicht nur über die Unterdrückung und Diskriminierung von Tamilen berichteten, sondern auch über zunehmende Menschenrechtsverletzungen und die Anstrengungen der Regierung bezüglich einer Beschränkung der demokratischen Rechte aller srilankischen Bürger. Von militant-tamilischer Seite gab es für uns zu dieser Zeit noch keine Schwierigkeiten. Die Bewegung war ja damals noch relativ schwach und so gab es auch immer genügend Bewegungsraum für demokratische Kräfte, Organisationen oder Publikationen.

Ende 1983 haben wir beispielweise ein Angebot der damaligen 'Tamil United Liberation Front' (TULF; der damals stärksten Partei auf tamilischer Seite, d.Verf.) abgelehnt, als offizielles Parteorgan im Ausland zu fungieren. Nach 1985 hat dann allerdings der Druck auf uns zugenommen, weil seit dieser Zeit innertamilische Rivalitäten und bewaffnete Konflikte zwischen verschiedenen tami-

lischen Gruppierung zugenommen haben. Von diesen Konflikten sind wir natürlich auch nicht verschont geblieben. Auch derzeit unterliegen wir immer noch gewissem Druck, wir sind aber weiterhin fest entschlossen, unabhängig zu bleiben.

### **Haben Sie denn irgendeine Vorliebe für eine Bewegung, Organisation oder Partei?**

Nein. Wir glauben an Pluralismus, an eine Demokratie, die offen ist für alle Meinungen, und in der die Menschen anerkannt und geschützt werden. Als Publikation bewerten wir die Aktivitäten von Organisationen oder Parteien nach solchen Kriterien. Wir schauen danach, ob sie sich für demokratische Strukturen einsetzen, ob die Menschenrechte eingehalten werden und ob sie zum Wohl der Bevölkerung arbeiten.

### **Wie sehen Sie die derzeitige Situation Sri Lankas im Hinblick auf den weiterhin ungeklärten Konflikt, die sogenannte nationale Frage?**

Als 1990 erneut der Krieg zwischen der Regierung und der LTTE ausbrach, hat unsere Zeitschrift dies in einem 'editorial' als etwas bezeichnet, was den Menschen, die sich nach Frieden sehnten, aufgezwungen wurde. Nach über zweijährigen Auseinandersetzungen frage ich mich, was durch die militärischen Kämpfe eigentlich erreicht worden ist. Im Verlauf dieses Krieges sind alle international anerkannten menschlichen Normen und Gesetze mit Füßen getreten worden. Zehntausende sind Opfer geworden, eine Million Menschen leben als Flüchtlinge innerhalb des Landes. Tausende sind ins Ausland geflüchtet und diese Flucht hält auch weiterhin an. Es hat enorme Zerstörungen an privatem und öffentlichem Eigentum gegeben. Viele am Kampfgeschehen Beteiligte, die in Gefangenschaft gerieten, sind willkürlich ermordet worden oder 'verschwanden'. Dieser Krieg kann von keiner Seite gewonnen werden. Es ist das Volk, was am meisten darunter leidet. Ich bin der festen Überzeugung, daß es keine militärische Lösung des Konflikts gibt. Nur eine Verhandlungslösung kann den Erfolg bringen.

### **Die LTTE fordert weiterhin den unabhängigen Tamilenstaat 'Eelam'. Auf der anderen Seite sind die Regierung und solche Parteien, die die sinhalaisische Mehrheitsbevölkerung repräsentieren, gegen die Etablierung eines solchen Staates. Wie kann man denn in einer solch polarisierten Situation zur Aufnahme neuer Verhandlungen kommen?**

Die LTTE hat ja 1989/90 insgesamt 14 Monate mit der Regierung in Colombo verhandelt. Und auch kürzlich hat sie wieder zu verstehen gegeben, daß sie bereit sei, neue Verhandlungen aufzunehmen. In jüngster Vergangenheit hat es eigentlich zwei große Möglichkeiten gegeben, den Konflikt durch Verhandlungen zu lösen. Die erste ergab sich durch den indo-srilankischen Vertrag von 1987, der ja zur Bildung sogenannter Provinzräte führte. Ein solches Provinzparlament existierte auch für den Nordosten. Und die zweite Möglichkeit war dann die lange Verhandlungsphase zwischen Premadasa und der LTTE in der Zeit zwischen 1989/90. Beide Chancen wurden kläglich vertan - auf Kosten des Landes und seiner Bevölkerung, die dafür jetzt schwer bezahlen muß. Vor allem Tamilen haben dadurch sehr viel verloren.

### **Sitzt die Regierung Premadasa derzeit fest im Sattel?**

Nach dem Wahlsieg von Premadasa und vor allem nach der brutalen Niederschlagung des JVP-Aufstandes durch die Regierung schienen sowohl die Regierung Premadasa als auch die 'United National Party' (UNP) fest im Sattel zu sitzen. Premadasa hätte in dieser Zeit mutige Entscheidungen treffen können. Leider hat er dies nicht getan, er hat die Zügel schleifen lassen. Und seit dem Wiederbeginn der Auseinandersetzungen mit der LTTE im Juni 1990 hängt er nun stärker als jemals zuvor vom Militär ab.

Dann kam die Herausforderung für den Präsidenten, als Mitglieder seiner eigenen Partei als auch Oppositionelle eine Amtsenthebung gegen ihn einleiteten, die allerdings fehlschlug. Dies resultierte jedoch in der Spaltung der UNP, was Premadasa weiter schwächte.

Seine bisherigen Minister Lalith Athulathmudali und Gamini Dissanayake, die dem Präsidenten u.a. vorwarfen, er habe der LTTE Waffen geliefert, damit diese die bis 1990 im Nordosten stationierten indischen Truppen bekämpfen konnte, trennten sich von der UNP und gründeten die DUNF ('Democratic United National Front').

International wurde das Ansehen der Regierung Premadasa durch die schweren Vorwürfe in Mitleidenschaft gezogen, daß die Regierung sich während ihres Kampfes zur Niederschlagung der JVP schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht habe. Und dann kamen kürzlich noch die Vorwürfe des ehemaligen stellvertretenden Generalinspektors der Polizei, Premadasa Udugampola, hinzu. Er warf der Regierung und führenden UNP-Politikern vor, sie hätten geheime Todesschwadronen aufgestellt und sie beim Kampf gegen die JVP eingesetzt. Diese sogenannten black cats seien für den Tod von zehntausenden von Jugendlichen verantwortlich gewesen. All das hat dem Ansehen Premadasas sehr geschadet. Aber politisch hat er bis heute überlebt.

### **Die Tatsache, daß Premadasa noch Regierungschef ist, liegt ja wohl auch an den Oppositionsparteien. Oder?**

Das ist richtig, es liegt nicht zuletzt an der zerfahrenen Situation, der sich vor allem die stärkste Oppositionspartei, die 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP), gegenübergestellt sieht. Innerhalb dieser Partei scheint Chaos zu herrschen, es gibt zahlreiche interne Streitigkeiten und einen Kampf um die Führerschaft. Hinzu kommt, daß die SLFP sogar wie keine konsistente Politik verfolgt, egal, um was es sich auch handelt. In Bezug auf die sogenannte nationale Frage, also den ethnischen Konflikt im Land, hat die Partei keine eigenen Vorschläge unterbreitet. Sie hat alle Versuche, eine Lösung zu finden, nur sabotiert und unterlaufen. Derzeit ist die Partei in großer Gefahr, von einer Gruppe sinhalaisisch-buddhistischer Extremisten, die sich den Namen 'Hela Urumaya' gegeben haben und die innerhalb der Partei operieren, aufgesogen zu werden. Ich vermute außerdem, daß ehemalige Mitglieder und Unterstützer der JVP in die SLFP infiltriert sind.

### **Um das angeschlagene Image wieder aufzupolieren, hat Premadasa vor einiger Zeit Kommissionen berufen, die sich mit den Menschenrechtsverletzungen im Land beschäftigen sollen. Dabei handelt es sich um die 'Presidential Commission for the inquiry into disappeared', die 'Human Rights Task Force' und das 'Parliamentary Select Committee'. Im Ausland werden diese Kommissionen als ein Schritt der Regierung angesehen, wirklich etwas gegen Menschenrechtsverletzungen zu tun. Sehen Sie das auch so?**

Die Regierung ist stark abhängig von ausländischen Entwicklungshilfegeldern. Wegen der Menschenrechtsverletzungen der letzten Jahre sind immer mehr Geberländer an die Regierung herantreten und haben ihr zu verstehen gegeben, daß weitere Zahlungen nur dann erfolgen könnten, wenn es zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation komme. Hier geht es also um die Konditionalität von Entwicklungshilfe, ein neues Schlagwort im Westen. Dadurch war die Regierung gezwungen, zu reagieren und die erwähnten Kommissionen einzusetzen, die u.a. die Aufgabe haben, die vielen Fälle von 'Verschwundenen' zu untersuchen. Es gibt keinen Zweifel, daß es derzeit wesentlich weniger Fälle von 'Verschwindenlassen' von Personen gibt und Aktionen von geheim operierenden Killerkommandos stark zurückgegangen sind. Aber dies hängt auch damit zusammen, daß die JVP sozusagen ausgerottet wurde, sie stellt zumindest derzeit keine Bedrohung mehr für die Regierung dar. Im Osten, derzeit ein Zentrum der Auseinandersetzungen, 'verschwinden' jedoch weiterhin jeden Tag Menschen, dort werden täglich Bürger Sri Lankas willkürlich von den Sicherheitskräften und para-militärischen Gruppen - wie den home-guards (Bürgerwehren) - getötet.

Einige europäische Länder überlegen derzeit, tamilische Asylbewerber nach Sri Lanka zurückzuschicken. Es heißt, die Lage

habe sich vor allem im Süden Sri Lankas verbessert. Diese Länder scheinen durch die Rückkehr von Tamilen aus Indien ermutigt, eigene Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Was halten Sie davon?

Es ist schon sehr traurig zu sehen, welche Wandlung Indien jüngst in Bezug auf seine Flüchtlingspolitik vollzogen hat. Seit 1983 hieß es immer wieder, die srilankischen Tamilen könnten solange in Indien bleiben - vor allem im Bundesstaat Tamil Nadu -, bis ihre Rückkehr in Würde und Sicherheit garantiert sei. Dies alles hat sich vor kurzem geändert. Aber es muß auch betont werden, daß die Rückkehrer aus Indien nicht in den Süden Sri Lankas geschickt werden. Diese Menschen kommen z.B. nach Trincomalee im Osten, von wo aus sie in ihre früheren Dörfer zurückkehren sollen. Dies können viele aber wegen der anhaltenden Kriegssituation nicht. So kommen sie dann wieder in Flüchtlingslager. Daß Indien diese Menschen zurückschickt, ist absurd und tragisch zugleich. Es steht in krassem Gegensatz zu humanitären Gepflogenheiten, denen die indische Regierung bis vor kurzem noch folgte.

Ich appelliere deshalb an die europäischen Regierungen, dem indischen Beispiel nicht zu folgen, weil die Entscheidung der Inder sehr stark von der vermuteten Täterschaft der LTTE am scheußlichen Mord an Rajiv Gandhi im letzten Jahr geprägt ist. Die indische Regierung hat vor kurzem die LTTE verboten, sie kann also offiziell nicht mehr in Indien operieren. Außerdem haben die Inder verlauten lassen, die LTTE eliminieren zu wollen, weil sie mittlerweile ein internes Sicherheitsrisiko für Indien darstelle. Die Rücksendung der Flüchtlinge muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. Offizielle Stellen in Indien haben betont, daß sich LTTE Kader wahrscheinlich auch in den Flüchtlingslagern für Sri Lanka-Tamilen in Südindien aufhalten, was den Behörden die Verfolgung der LTTE erschwere. Und deshalb werden nun die Flüchtlinge zurückgesandt. Folglich ist die Entscheidung Indiens, Flüchtlinge zurückzuschicken, nicht dadurch begründet, daß man der Auffassung ist, die Lage in Sri Lanka habe sich beruhigt. Sie steht einzig und allein in Zusammenhang mit nationalen Sicherheitsüberlegungen. Die europäischen Länder sollten dem indischen Beispiel nicht fol-

gen. Es ist einfach nicht die Zeit, Menschen zurückzuschicken, weil im Nordosten eine Kriegssituation existiert die durch Gewalt, Luftbombardements, Beschuß von Dörfern durch die Marine, willkürliche Tötungen und 'Verschwindenlassen' gekennzeichnet ist. Jetzt fragt man sich offensichtlich: Wenn es also für den Nordosten keine Rückkehrmöglichkeiten gibt, dann können wir es doch mit dem Süden versuchen! Es ist richtig, daß es derzeit im Süden Sri Lankas - vor allem im Großraum von Colombo - Tausende von Tamilen gibt, die wegen des Krieges im Nordosten dorthin geflüchtet sind. Diese Menschen leben jetzt in Colombo und den Vororten in Flüchtlingslagern, bei Freunden und Verwandten oder in Hotels und Gasthäusern. Dort sind sie besonders betroffen von den Polizeirazzien, es kommt regelmäßig zu Massenfestnahmen von Tamilen in Colombo. Die kleinsten Verdächtigungen reichen bereits für eine Inhaftierung für lange Zeit aus.

Auch in der Plantagenregion im zentralen Hochland der Insel kommt es immer wieder zu Razzien der Polizei und zu Festnahmen junger tamilischer Plantagenarbeiter. Diese Vorfälle haben zu Spannungen innerhalb der Plantagen und zu Arbeitsniederlegungen geführt. Selbst der tamilische Minister im Kabinett Premadasas, S. Thondaman, beschwert sich regelmäßig über die Polizeiübergriffe und über die Verhaftung von Plantagenarbeitern. Die europäischen Regierungen sprechen von sicheren Gebieten ('save havens'), in die tamilische Asylbewerber zurückkehren könnten. In solche angeblich sichere Gebiete, wie Colombo, könnten sich die Flüchtlinge dann mit finanzieller Unterstützung des jeweiligen europäischen Landes niederlassen und etablieren. Ich muß das ganz deutlich sagen: Den Rückkehrern kann keine Sicherheit garantiert werden. Es gibt keine 'save havens' in Sri Lanka. Was zu der ganzen Flüchtlingsproblematik schließlich noch hinzukommt ist die Tatsache, daß, abgesehen von den in den Süden geflüchteten Menschen, weiterhin Hunderttausende in anderen Gebieten Sri Lankas als Flüchtlinge leben. Wenn europäische Regierungen in einer solchen Situation an die Rücksendung von tamilischen Asylbewerbern denken, fehlen mir die Worte.

## Aufruf:

'Yukthiya' ist eine zweiwöchentlich erscheinende Zeitung in sinhalesischer Sprache und wird vom 'Movement for interracial justice and equality' (MIRJE), Colombo, herausgegeben. Innerhalb kürzester Zeit ist es dieser Publikation gelungen, die Auflage auf 50.000 Exemplare zu steigern. 'Yukthiya' versteht sich als alternatives, nicht-rassistisches Blatt (im Gegensatz zu den meisten sinhalesischen Zeitungen) und spielt eine führende Rolle im Kampf für eine politische Lösung des Volksgruppenkonfliktes, für die Achtung der Menschenrechte und eine größere politische Eigenständigkeit des tamilischen Volkes auf der Insel. Den sinhalesisch-chauvinistischen Parteien und Organisationen ist die Zeitung ein Dorn im Auge. 'Yukthiya' hat deshalb immer wieder mit Schwierigkeiten zu kämpfen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterliegen großem politischen Druck. Noch kann sich die Zeitung nicht selbst tragen: Pro Ausgabe entstehen etwa 100.000 Rupien Verlust (ca. 3.500 DM), die derzeit von MIRJE getragen werden. Wegen der großen Nachfrage und der Popularität der Zeitung planen die Herausgeber derzeit das wöchentliche Erscheinen der Zeitung. Auch dafür sind zusätzliche Investitionsgelder notwendig. Das Südasiensbüro möchte mit dieser Anzeige die LeserInnen von 'Südasiens' aufrufen, die Anstrengungen von 'Yukthiya' zu unterstützen. Spendenkonto Südasiensbüro: Sparkasse Dortmund 571001799, BLZ 44050199 (Kennwort: Yukthiya). Spendenquittung können auf Wunsch übersandt werden.